

Saale-Zeitung.

Stundberg'scher Jahrgang.

Angaben

werden die 6 getriebenen Radwerke
aus deren Raum mit 30 Pfd. Leinwand
aus Halle mit 20 Pfd. berechnet und in
unseren Annoncenstellen und allen
Angaben - Beilagen angenommen.
Kleinere die Seite 75 Pfd. die Seite
auswärts 1 M.

Ercheint täglich vormittags
Sonntags und Festtagen ausnahmslos.

Schreibmaschinen und Druck - Maschinen
alle Gattungen in Braunschweig
Wendeburgstraße: Markt 11.

Bezugspreis
In Halle vierteljährlich bei postamtlicher
Zuführung 2,50 M., durch die Post
2,75 M., wöchentlich halbjährlich.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Belegungs-Verfahren
wird „Saale-Zeitung“ entgegengenommen.
Für amerikanisch eingehende Korrespondenzen
und ihre Belegungen übernimmt
das Postamt mit dem Postamt
„Saale-Zeitung“ geschickt.
Druckerei der Schriftleitung Nr. 1140;
des Angewandten Nr. 179;
des Maschinenbau-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 34.

Halle, Mittwoch, den 21. Januar

1914.

Ernste Zeiten.

„Ernsten Zeiten gehen wir entgegen!“ hat Herr v. Bethmann Hollweg wiederholt betont. Man sagte das vielfach als eine drohende Geberde auf nach Russland hin, zumal der Kanzler ja den Konfessionen gegenüber darauf verwies, daß die Auflösung des Reichstags die Durchführung der großen Heeresvermehrung verzögert hätte. Die Verantwortung dafür konnte Herr v. Bethmann Hollweg, wie er versicherte, nicht tragen.

Anscheinend ist er also auch heute noch der Ansicht — nachdem sich auf dem Balkan das Gemüß gelichtet — daß diese Heeresvermehrung notwendig ist, um Deutschlands Worten Gewicht zu geben.

Und doch! — Die ernsten Zeiten, so hat Herr v. Bethmann Hollweg dem Friedrichs-Bureau erklären lassen, werden nicht durch Schwierigkeiten der äußeren Politik herbeigeführt — im Gegenteil: Da draußen ist eitel Sonnenschein und Frau Germania sitzt behaglich auf ihrem Sonnenplatz, wärmt sich und freut sich der Freundschaft der lieben Nachbarn. Entpannung überall. Redt manter plaudert sich's mit Herrn Poincaré und Marianne (la France), die zwar den Türken drohend erklären ließ, wenn ihr den Russen nicht in Puncto der deutschen Militärmission zu willigen sei, dann gibt es nicht 'nen Franc für die Reformen, die das Konkordat der Mächte doch für sich dringend nötig hält. Die Türken waren recht unmissverständlich Leute, wenn sie Marianne's Stimme für sich erklären und eine Störung der Harmonie des europäischen Konkordats befürchteten.

Und schließlich — was ging das uns an? Das galt ja doch den Türken — nicht Liman v. Sanders und dem Beruf der deutschen Militärmission, dem tranten Manne am Bosphorus den Paradermarsch beizubringen! Uns überherrscht Frankreich mit Liebe und Herr Poincaré jagt sich die Ehre, Monsieur Baron de Schoen auf deutschem Boden — die Hofstadt ist bekanntlich territorial — Besuch zu machen. Und gar die Russen erst!

Bekanntlich Jar Mikolow, der ist ja liebensvoll, daß er für die Gesundheit des Liman Sanders ernstlich besorgt war. Korpskommandant des 1. Armeekorps in Morianopol? — Auf keinen Fall! Nein, das Wohlergehen von Liman Sanders und seinen Offizieren liegt dem Zaren viel zu sehr am Herzen, als daß er zuzulassen könnte, daß sich der deutsche General im Dienste der Türken aufreißt. Wenn überhaupt — dann muß Herr Liman Sanders auf einen Platz gestellt werden, wo's keine Arbeit gibt. — Nein, anders tut's der Russen heiße Freundschaft nicht. Zwar ist der Russen Stimme etwas taub — vom Wetter teils und teils vom Ruffi —

doch das ist ein Naturfehler. Wer kann dafür. Und Herr v. Bethmann Hollweg erklärt daher so höflich, wie er es eben nur gegen Russen zu sein vermag — im Inland löst er jedem vor den Kopf —: Was geht das uns an, was Herr Liman Sanders in der Türkei vorzieht? Wir haben ihn nun einmal den Türken ausgesprochen, nun können diese mit und aus ihm machen, was sie wollen oder was die Russen erlauben.

Und die Russen quittierten brummend, als Liman Sanders als türkischer Marschall fortgeschickt ist und „nicht zu seggen“ hat: Jetzt sind wir in der Hauptsache befriedigt, kommt nur noch darauf an, daß ihr Liman von Sanders auch kein anderes Kommando gibt. Der Mann muß unbedingt Ruhe haben, sonst können wir euch eure Ruhe nicht garantieren.

Herr v. Bethmann Hollweg aber jagt: Die lieben Russen! Die Entpannung nimmt immer mehr zu. Meine „ernsten Sorgen“ beziehen sich um Gottes willen nicht auf die auswärtige Politik. Die Straßenjungen beunruhigen mich, die dem kleinen Bräuweg — pardon v. Forstner — keine Ruhe lassen. Zunehmende Demokratisierung im Innern räumt mit dem Schlaf der Mächte. Graf York von Wartenburg und nach ihm Herr von Hedenbrand, sie waren ungnädig. Das ist's, was ich vorausgesehen habe und was mich tief betrübte. Liman von Sanders? Pah, das sind türkische Angelegenheiten!

Sind Sie es wirklich? Wir sind wohl über den Verdacht erhaben, zum Krieg zu treiben. Wir meinen aber, ganz im Ernst gesprochen, daß das Ansehen der Armee im Ausland durch die schwächliche Haltung der Reichsregierung nicht gestärkt wird und daß darin für den Reichsfanzler wohl ein Grund zu erster Sorge vorliegt.

Wenn die Türken von Deutschland militärische Lehren verlangen, dann hat die Regierung auch die Pflicht, sich drum zu kümmern, daß sie diesen Lehrmeister eine Stellung anweisen, auf der sie Einfluß haben. Immerhin könnte man schließlich die Frage der Militärmission als türkische Angelegenheit aufheben, solange andere Mächte sich nicht einmischen. Als das aber geschah, da war die Sache nicht mehr türkische, sondern deutsche Angelegenheit. Und eine feste Sprache gegenüber Russland hätte wohl gebracht, denn Russland, das hat man ja in Frankreich dem Verbündeten ganz offen erklärt, ist gar nicht in der Lage, Deutschland im Ernstfall entgegenzutreten.

Russland sagt den Türken: Wir können nicht dulden, daß ein deutscher General bei euch befehligt. Hätte Frankreich sich eine solche Sprache von Deutschland gefallen lassen? Wir aber reden's ein, und wenn der Kanzler einmal keine Furcht vor seiner eigenen Courage gehabt und wir — wie

bet der Balkankrise — einen kleinen Erfolg zu buchen haben, dann kommt sofort der Rückschlag. Der alte Wassertrahl, den Bismarck, wo es nötig, nach Russland oder Frankreich dirigierte, ist unter Bethmanns, des Philosophen, Kanzenler'schaft zur Mähd der zionnen Denkart geworden. Damit macht man in Russland keinen Eindruck, dort ist man, wenn es auf ein Labial ankommt, an stärkere Getränke gewöhnt. D.

Stimmungsbild aus den Parlamenten.

Im Abgeordnetenhaus.

Berlin, 20. Januar.

Die Herren der Rechten waren diesmal wieder von bewundernswürdiger Einmütigkeit und fanden in geschlossener Front gegen die „Unverständigkeit“ der Linken. Der Konervative Hoelz gab eine Darlegung über die Entwicklung der Viehzucht seit 1872 mit dem Niedergang besonders der neunziger Jahre (siehe Caprin), und kehrte immer wieder dazu zurück, daß man in Preußen wohl in der Lage sei, den inländischen Viehstand zu decken, wenn — und auf diesem „Wenn!“ lag die Betonung — die Schutzzölle und Seuchengelege aufrecht erhalten blieben. Redner kam auf die innere Kolonisation und die Ernährung des Volkes zu sprechen. Wenn nur — das gleiche Wenn! — dann dürfte man sicher sein, daß die Landwirtschaft in Zukunft in der Lage sein werde, ihr eine ausreichende Volksernährung zu liefern. Dr. Schifferer (nl.), war, was Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft, Zoll- und Seuchenschutz, innere Kolonisation usw. anlangt, sich mit dem Konfessionen ganz einig. Nur zog er hier einen letzten mehr geordneten Namen in die Debatte: Er zitierte Bülow! Und Bülow sagte (im Gegensatz zu Caprin), daß die Herabsetzung der Getreidezölle durch die Caprinischen Handelsverträge die deutsche Landwirtschaft schwer geschädigt habe. Der freikonfessionale Graf Moltke war leiser — trotz der gähnenden Leere im Hause — nicht zu verstehen. Das muß wohl auch unten so gewesen sein, denn man hörte weder viel Beifall noch Widerspruch. Herr Forst (Ztr.), der aus dem Rheinland kommt, besaß sich mit Jagdinteressen — und wurde dann vom Reichsanwalt Herr Schmitt abgeleitet. „Wenn zum Landwirtschaftsminister nur Landwirte reben dürften, dürfte die Konfessionen auch nicht über Mittelstandsfragen reben.“ Und dann sei der Mittelstand genügend an den Fragen der Viehzuchtproduktion interessiert, um ernstlich Stellung nehmen zu können. Wir sind ganz der Meinung des Abg. Dr. Schifferer, daß es auf das Maß des Schutzzölles ankomme. Dann kam er auf die englischen Verhältnisse zu sprechen und meinte, daß man den Mut der englischen Premieriers gegenüber den Großgrundbesitzern auch unseren Staatsmännern wünschen könne. Er verlangte mit seinen Parteifreunden eine Revision des Zolltarifs, eine Ermäßigung der Futtermittelzölle. — Der Antrag auf

Feuilleton

Rudolf Genée †

Hochbetagt starb in Berlin der verdiente Literaturhistoriker Rudolf Genée. Ein an Arbeit und Erfolgen reiches Leben hat sein Ende gefunden. Genée entstammte einer Familie, die der Kunst mande wertvolle Persönlichkeiten schenkte. Hauptächlich dem Theater. Sein Vater war der bekannte Schauspieler Friedrich Genée, sein jüngerer Bruder der Komponist und Dichter Adolph Genée. Seine Schwester Ottilie war das Genüßliche der Caprotinenfreunde der alten und der neuen Welt in den fünfziger Jahren. Rudolf Genée wurde am 12. Dezember 1824 in Berlin geboren. Er war ein Schüler des berühmten Grauen Ritters und genoss eine sehr sorgfältige Erziehung. Nach dem Abschluß seiner Schuljahre trat er bei dem geistvollen und auch literarisch begabten Professor J. W. Gubitz als Schüler in dessen Atelier, um die Vorkursarbeiten zu erlernen. Aber schon frühzeitig wandte sich Genée der literarischen Tätigkeit zu. Er schrieb zunächst einige kleine Uebersetzungen, die mit Erfolg über die Bretter gingen, eines davon, „Das Kloster von Kamez“, das eine Episode aus dem zweiten schlesischen Kriege behandelte, hatte am Friedrich-Wilhelms-Theater in Berlin gleichfalls eine sehr befällige Aufnahme gefunden. wurde aber bereits nach wenigen Aufführungen verboten. Ueberhaupt widmete er, von einigen ganz frühen literarischen Versuchen abgesehen, bis zum Jahre 1859 keine literarische Arbeit ausschließlich der dramatischen Dichtung; vorübergehend gehörte er auch dem Journalismus an. Dann aber trat eine entscheidende Wendung im Leben Genées ein. Bereits in Danzig, wo er von 1855 bis 1861 die Danziger Zeitung redigierte, hatte er mit einigen öffentlichen Vorlesungen begonnen; es waren kritisch-literarische Analysen der hervorragenden weltlichen Geister der deutschen dramatischen Dichtung, wie er in seinem autobiographischen Buche „Zeiten und Menschen“ erzählt. Mehr und mehr war Genée die Gegenwart eines Sonderstudiums geworden, und er begann in Koburg, wo er zu Anfang der sechziger Jahre als Redakteur wirkte, mit der Requisition der Dramen des großen Weltens. Diese durchgeleiteten Shakespeare-Porträts hatten einen großen Erfolg und bewegten Genée, diese literarischen Vorlesungen im In- und Ausland fortzusetzen. Seine redaktionelle Tätigkeit verband Genée, der 1867 nach Dresden, 1879 nach seiner Vaterstadt Berlin übergesiedelt war, sehr bald mit umfangreichen literarisch-literarischen Arbeiten über

Shakespeare. Die Zahl seiner Shakespeare-Schriften, von denen wir hier vor allem die wichtigsten und zeitlich ersten: „Geschichte der Shakespeare'schen Dramen in Deutschland“ und „Shakespeare, sein Leben und seine Werke“ herausheben, ist außerordentlich groß; sie bieten dem Shakespeareforscher eine unendliche Fülle des Wissenswerten und Interessanten. Im Jahre 1905 folgte sein größtes Werk über den genialen englischen Dramatiker: „Shakespeare in seinem Wesen und Werden“; es bedeutet die Krönung seiner langjährigen tiefgründigen Studien über den „Swaan von Avon“, den er eine ganze Persönlichkeit verstanden hatte. Neben Shakespeare war es Hans Sachs, dem er gleichfalls eine Reihe von Büchern und Abhandlungen gewidmet hat, von denen nur das kulturhistorisch hochinteressante Werk „Hans Sachs und seine Zeit“ genannt sei. Die Schriften über William Shakespeare und Hans Sachs stellen den Mittelpunkt der zahlreichen theatergeschichtlichen Arbeiten Rudolf Genées dar. In der Musik gehörte seine Liebe Mozart, die wertvolle Früchte über den Gegenstand seiner Neigung zur Reife brachte und in der Begründung der Berliner „Mozart-Gemeinde“ ihren Gipfelpunkt fand. Jetzt, da die Mozart-Gemeinde ihr Fest abhält, starb Genée. Es ist, als ob Mozart ihm sein Requiem gesungen hätte. Mitte der sechziger Jahre hatte Genée auch seine dramatische Wirksamkeit wieder aufgenommen. Von den damals entworfenen Arbeiten hatten die Einakter „Stephan Girard“ und „Geitrich“ den meisten Erfolg. Verschiedene Bühnenbearbeitungen, von denen die Bearbeitungen von Sheridan's „School for Scandal“ (Vätertschule) unter dem Titel „Schleicher und Genossen“ und von Kleists „Hermanns-schloß“ die bekanntesten und auch literarisch bedeutendsten sind, reichten sich dem eigenen Schaffen an. Auch ein paar Gedichtsammlungen und einen geschichtlichen Roman „Wartburg“ hat Genée geschrieben. In geist- und inhaltsvollen Werken und nicht zuletzt in ungezählten Essays finden wir Rudolf Genées Sinnen und Fühlen, Denken und Trachten lebend niedergelegt; viel Kraft entströmt ihnen. Fortdauernd hat den Reiseliebenden die Liebe zur Musik und zum Zeichnen beschäftigt. Reichtümer hat der ideal veranlagte Mann trotz seines fehlenden Willens und Könnens und trotz seines nie erlöschenden Fleißes nicht gesammelt, aber er konnte nach eigenem Bekenntnis doch einen Schatz seines eigenen nennen, der für ihn höhere Werte hatte: die Zufriedenheit des Gemüths. Mit ihm verlor das deutsche Schrifttum eine der sympathischsten Persönlichkeiten, die durch ihre Kenntnisse wie durch ihr im besten Sinne edles Streben gleich ausgezeichnet war.

Blüchers Einzug in Nancy.

Zum 17. Januar.

Blücher lockte vor Ingrium, als zu Anfang Januar die Gefahr eines vorrätigen Friedenschlusses auftauchte. „Der Herr (Napoleon) muß herunter“, war des alten Haubergens feste Antwort auf die diplomatischen Tiseltelen. Und als Schwarzenberg ihm den Plan einer scheinbaren Kriegsführung schwebte zu machen suchte, da brauchte er auf. Was scherten ihn die Kliden- und Klantendebatten, was kümmerte ihn all der taktische Krinstams! „Marchall Vorwärts!“ hieß man ihn, und „Vorwärts!“ war seine Devise. So setzte er denn mit seiner schließlichen Arme den Vormarsch in Feldensland fort. Nancy war die erste der guten Städte Frankreichs, in die der tapfere Held mit seinen Streitern als Sieger einrückte. Schon am 15. Januar konnte er von St. Anob an Hardenberg schreiben: „Diesen augenblicklich erhalte ich die Schlüssel von nancy.“ Der Alte und sein Gneisenau mußten wohl, daß Schaugepränge und wohlgeleitete Worte in den leicht entflammaren Herzen der Franzosen feins hütten. So hielten sie es denn für angemessen, daß der Einzug mit einem gewissen Pomp geschehe. Und das, wie General Mülling erzählt, „der Feldmarschall diese Gelegenheit benütze, um sein Programm zur Kenntnis von ganz Frankreich zu bringen, wozu die Zeitung von Nancy eine gute Gelegenheit bot.“ Am 16. Januar, als die Vorhut Sadens eingedrungen war, wurde der Oberst Graf Rottiz nach Nancy vorausgeschickt, um dem Maire anzufündigen, daß er den Feldmarschall feierlich mit einer Rede zu empfangen habe — wir folgen immer nach dem Bericht General Müllings —, und zwar in der einst zum Deutschen Reiche gehörenden Hauptstadt Verhagens, mit einer Rede in deutscher Sprache, wozu er das Konzept einzureichen habe. Graf Rottiz kam in der Nacht damit zum Gneisenau verlegte eine Antwort, die der Feldmarschall zwar genehmigte. Aber er behauptete, auf dem Wege sei nicht auswendig lernen zu können. Nun wurde ich (General Mülling) zum Souffleur bestellt und zu ihm in den Wagen geleht, um ihm die Rede einzuliefern. Der beängstigte Maire hatte die Notabeln der Stadt in dem Kathausaal versammelt, als der Feldmarschall, von seinem zahlreichen Gefolge umgeben, eintrat und die künstlich gearbeiteten Redensarten des Maire mit Huld anhörete. Man konnte auf der einen Seite die Angst vor Napoleon nicht verlernen, auf der anderen imponierten uniere ehrwürdigen Reden mit ihren langen und gutgeleiteten Staffebenen. Darauf mußte der alte Hauberg, der wohl das Schwert, aber nicht die Feder zu führen mußte und sich so gar nicht auf Wortredens ver-

Schluss der Debatte wurde daraufhin angenommen und das Gehalt des Ministers bemittelt.

Im Reichstag.

Am Anfang stand eine kleine Anfrage Erzbergers: warum ist vom Polizeipräsidenten von Jagow die Polizeistrafvereinbarung verboten worden, welche, unter Ausschluß aller dienstlichen und politischen Dinge, strengste Geheimsamkeit, Kameradschaft, Geseßlichkeit und Ähnliches pflegen wollte? Geheimerat Lewald gibt eine Antwort, die keine ist, und schließlich, die Ungleichheit im Rahmen des Etats des Innern zu behandeln. Was natürlich so wie so gewesen wäre. Jetzt beginnt die Staatsdebatte mit einem Massenbesuch. Donnerwetter des Sozialdemokraten Katschka. Am Besten, er bedient er mit seinen Beschlüssen die Großgrundbesitzer, denen er eine Revolution, allerdings ohne Maschinenwaffe, androht. Nicht die Sozialpolitik drückt die Industrie, sondern die Verteuerung der Rohstoffe durch ungleiche Zollpolitik, die nur den Junkern zugute komme. Das Recht, in 44 Gebirgsverordnungen und unzähligen Polizeiverordnungen verpackt, ist nur für den Gutsherrn, die Arbeiter sind rechtlos und werden wie das Vieh behandelt. Die Rede findet aber wenig Echo.

Dann fällt sich der Saal, denn Herr De la Rüe spricht. Er spricht lang, trocken, gründlich, zahlreicher, ohne Schöndrecker und im ganzen ist seine Rede ein bitterer Sarkasmus unter unsere Sozialpolitik. Vorläufig gelöst. Er sieht in der Krankenversicherung die Kränkung des Gebühres, will natürlich von der Arbeitslosen-Versicherung nichts wissen und sieht neue Aufgaben auf anderem Gebiete. Die Vorwürfe, die Krankenversicherung sei vom grünen Tisch aus entstanden, weist er zurück. Der Reichstag, als früherer Minister des Innern, und er selbst seien im Lande umhergereist und hätten Material gesammelt. Das Reichsamt des Innern sei überhaupt in ihrer Tätigkeit, so daß ihm jetzt eine Pause in der Gesetzgebung nötig sei. Jetzt müsse Detailarbeit der Beamten und Behörden einziehen. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, dem sich der Staatssekretär jetzt zuwendet, sieht er eigentlich alles im richtigen Licht. Seit dem Zolltarif von 1879. Export und Import sind in einem günstigen Verhältnis geblieben, Nordamerika und Frankreich wurden gelassen, England fast eingeholt, der innere Markt ist vorzüglich und die Arbeiter, diejenige Klasse, wie der Staatssekretär sagt, die man nicht zu den Kapitalisten rechnen hat ihr gutes Teil an all den guten Dingen. Ihr Einkommen ist wesentlich gestiegen und Herr De la Rüe weiß das mit vielen Zahlen nach. Damit kommt er natürlich auf die Fragen der Lebenshaltung und so auch unterer Zollpolitik, der er ein glänzendes Zeugnis ausstellt, denn die Verteuerung nichts, und habe der deutschen Landwirtschaft zu ihrer Blüte verholfen. Programmatisch sagt De la Rüe, die Regierung habe kein Interesse daran, an den Grundlagen unserer bewährten Zoll- und Wirtschaftspolitik zu rütteln (Zugel bei den Konventionen) und außerdem nicht die Absicht, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen; die propheetischen Zollkämpfe kommen also nicht. Kleine Verbesserungen sollen ja vorgenommen werden, die Wirtschaftspolitik entspreche aber ganz anderer Sozialpolitik. Auch, wenn diese fast ruht? Nach De la Rüe spricht der Zentrumsmann Christmann von den Bedürfnissen und Wünschen des Mittelstandes, der längst um Welschke gestritten habe, aber das tatsächliche Wohlstandes bedürfnis. Dieser Wunsch wurde schon erfüllt. Ministerialdirektor Caspar teilte eine Regierungsverordnung mit, nach der der heimliche Warenhandel der Beamten verboten wurde. Wegen der Handelsausstellung in Dresden 1915 muß er sich erst näher orientieren. Der Bauernbund hat seine Forderungen für die Propaganda reifen lassen. Die Mittel müßten anders angebracht werden. Der Unterstaatssekretär hat um Bemittlung des Hofes, da die Kosten der Reichsregierung zu hoch seien. Ein Sozialdemokrat war für die Bemittlung. Ein Zentrumsmittglied sieht die Entnahme der 100.000 Mark aus dem Kassafonds für durchaus berechtigt, ein Konventionär dagegen für nicht geeignet. Ein Volksparteier meinte, daß man sich in diesem Jahre vielleicht nach über die Bedenken hinwegsetzen könne, aber in der Novelle müßten die Verhältnisse liegen. Ein stimmig angenommen wird ein Zentrumsvorschlag, dessen Reichsminister um Unterstützung der von Deutschen Handwerks- und Gewerbetreibenden errichteten zentralen Beratungsstelle für die Verbindungswörter der einzelnen Handwerkskammern ersucht, welche die Vergütung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen an das Handwerk fördern. Es folgte die Beratung des Etats des Reichsfinanzamtes. Zunächst debattierte man über Neuorganisation des Reichsfinanzamtes. Die Beschlüsse der Reichsversammlung, die schließlich gegen die Sozialdemokraten beschließen wurden.

Keine Retentionseinstellung der Schlaf-Bohrer. Die „Straßburger Neue Zeitung“ schreibt: Zweifelhafte-Fremdlinge aus verschiedenen Orten des Reichs haben sich in den letzten Tagen bei preussischen Regiments in eifrigsten Garnisonen unter Aufstellung gestellt. Die Tagelöhner sind angenommen worden. Einige Tage nach der Annahme haben sämtliche Tagelöhner eine Ausnahme die Mitteilung gesucht bekommen, von der Einstellung müßte abgesehen werden.

Reichstag und Preussentag. Wie es heißt, soll der Abg. Erzberger sich in den nächsten Tagen im Rahmen der Staatsdebatte im Rahmen des Zentrum mit den Verhandlungen des Preussentages am 18. Januar beschäftigen und für seine Partei eine scharfe Erklärung gegen die Bestrebungen des Preussentages abgeben. Von nationalliberaler Seite werde, so heißt es, ebenfalls eine Kundgebung veranstaltet werden. — Herr v. Kraatz hat in einem Schreiben an den preussischen Kriegsminister seinen die Bayern verlegenden Worten eine andere Deutung gegeben. Er habe das nicht sagen wollen und nicht sagen können, was man aus seiner Rede herausgehört. Das ist ganz schön, aber den Schaden hat Herr v. Kraatz nun einmal schon angerichtet.

Die neuen Zablerninterpellationen werden im Reichstag am Freitag und Sonnabend dieser Woche beproben werden. Die fortschrittliche Volkspartei wird versuchen, den neuen Antrag auf Beschränkung der Militärverwaltung ebenfalls am Freitag auf die Tagesordnung zu setzen. Wie verlautet, sollen das Zentrum und die Nationalliberalen ein solches Vorgehen unterstützen. Gegen die Beratung des Antrags am Freitag wird auf der Rechten Widerspruch erhoben werden.

Neue Vorschriften über den Warenhandel der Beamten. Gegen den Warenhandel der Staatsbeamten hat Handelsminister Sdow folgende Verfügung erlassen: „Fortgeht wird darüber gefolgt, daß Staatsbeamte an einem heimlichen Warenhandel teilnehmen und ihre Dienstzeit und beschränkte Einrichtungen zum Zwecke eines gemeinschaftlichen Warenbezugs benutzen. Ich bestimme deshalb für die meiner Verwaltung angehörenden Beamten folgende Bestimmungen. Es ist den Beamten ebensowenig wie anderen Beamten, gemeinschaftlich Waren für ihren Bedarf einzukaufen. Der Preis, gute Ware zu billigerem Preise als im Wege der regelmäßigen Handels-

die Schaffung eines vernünftigen Fideikommissgesetzes, bei dem ein Parlament mitwirken muß, das auf dem Volkswillen beruht! Mit diesem fröhlichen Wort schließt die Sitzung. Am Mittwoch geht der Etat weiter.

Deutsches Reich.

L. C. Abg. v. Diebster hatte bis zum Dienstag Abend sein Einkommis für unglücklich erklärtes Mandat noch nicht niedergelegt, ja, an der Sitzung noch teilgenommen. Dieses Verhalten ist eigenartig, da es sich bei der Unglücks-erklärung nicht etwa um irgend welche kritischen Rechtsfragen handelt, sondern um eine rein ziffermäßige Abziehung von Stimmen solcher Leute, die natürlich zu Unrecht gemäß haben. Meistens kamen Leute in Betracht, die ökonomischer Nationalität sind oder erst nach Abschluß der Wählerliste unredigierweise eingetragen worden waren. An der Unglücklichkeit kann kein Zweifel sein, und nach der alten Praxis des Reichstages hätte der Abgeordnete nach der Verteilung des Verdictes, die gestern erfolgt ist, sein Mandat niedergelegt.

Volkswirtschaft und Reichsamt. In der reichsständischen Zweiten Kammer hatte der liberale Abg. Burger, an der Jabern-Affäre Kritik geübt. Der „Kölnischen Zeitung“ wird nun aus Straßburg gemeldet:

Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Burger wurde auf Grund seiner Auslassungen über die Jaberner Vorkommnisse im Landtag von Bezirkskommando Straßburg zu einem eingehenden Bericht aufgefordert. Diese Maßnahme beauftragte der Abgeordnete mit Einreichung seines Aufschlußgesetzes als Referent-Oberleutnant der Feldartillerie.

Die Forderung des Straßburger Bezirkskommandos widerspricht dem Wortlaut des § 20 der elsäß-lothringischen Verfassung, der da lautet:

Kein Mitglied des Landtags darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanernden Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder in irgendeiner Weise in seiner Amtsführung oder Verantwortung gezogen werden.

Nach Berlinem Myster. Die Konventionen haben an dem „Preußenbund“ noch nicht genug. Aus Dresden wird berichtet, daß sich konfessionelle Kreise mit dem Gedanken trugen, einen Sachverhalt zu gründen. — Die Saat des Nationalismus, die der Preußenbund ausgesäet hat, scheint aber aufgehen zu wollen. Hat doch der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Herr Dr. Kästler, sich bei der Begründung des Preußenbundes dahin ausgesprochen, daß er jede ähnliche Organisation in jedem einzelnen Bundesstaat ebenso herzlich begrüßen würde. Er fragt: muß man sich fragen, ob man denn noch nicht an Preußenbund genug hat? Und ob die schönen „Erfolge“, die er in der sehr kurzen Zeit seines „Wirrens“ bereits erzielt hat, dazu angetan sind, nach seinem Muster zu verfahren? Eine Vereinigung „echter Sachsen“ könnte zu weiteren ähnlichen Wunden Veranlassung geben, so daß es bald keinen Staat und keinen Stamm im Reiche gibt, der nicht seine Sonderbund, „echter Vaterlandsfreunde“ hat.

Die Budgetkommission beendet am Dienstag die Kallidat. Ein Zentrumsmittglied beantragte die Erhöhung des Beitrages zu den Kosten der Unterhaltung von Eisenbahnen um 30 Millionen Mark. Unter dem Vorbehalt, daß ein einmütiges angenommen. Gegenüber der Neueinlegung von 100.000 Mark zur Prüfung der Endauslage bemerkte ein Nationalliberaler, daß man hierbei doch nicht aufwendungen für die Propaganda reifen lassen. Die Mittel müßten anders angebracht werden. Der Unterstaatssekretär hat um Bemittlung des Hofes, da die Kosten der Reichsregierung zu hoch seien. Ein Sozialdemokrat war für die Bemittlung. Ein Zentrumsmittglied sieht die Entnahme der 100.000 Mark aus dem Kassafonds für durchaus berechtigt, ein Konventionär dagegen für nicht geeignet. Ein Volksparteier meinte, daß man sich in diesem Jahre vielleicht nach über die Bedenken hinwegsetzen könne, aber in der Novelle müßten die Verhältnisse liegen. Ein stimmig angenommen wird ein Zentrumsvorschlag, dessen Reichsminister um Unterstützung der von Deutschen Handwerks- und Gewerbetreibenden errichteten zentralen Beratungsstelle für die Verbindungswörter der einzelnen Handwerkskammern ersucht, welche die Vergütung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen an das Handwerk fördern. Es folgte die Beratung des Etats des Reichsfinanzamtes. Zunächst debattierte man über Neuorganisation des Reichsfinanzamtes. Die Beschlüsse der Reichsversammlung, die schließlich gegen die Sozialdemokraten beschließen wurden.

Keine Retentionseinstellung der Schlaf-Bohrer. Die „Straßburger Neue Zeitung“ schreibt: Zweifelhafte-Fremdlinge aus verschiedenen Orten des Reichs haben sich in den letzten Tagen bei preussischen Regiments in eifrigsten Garnisonen unter Aufstellung gestellt. Die Tagelöhner sind angenommen worden. Einige Tage nach der Annahme haben sämtliche Tagelöhner eine Ausnahme die Mitteilung gesucht bekommen, von der Einstellung müßte abgesehen werden.

Reichstag und Preussentag. Wie es heißt, soll der Abg. Erzberger sich in den nächsten Tagen im Rahmen der Staatsdebatte im Rahmen des Zentrum mit den Verhandlungen des Preussentages am 18. Januar beschäftigen und für seine Partei eine scharfe Erklärung gegen die Bestrebungen des Preussentages abgeben. Von nationalliberaler Seite werde, so heißt es, ebenfalls eine Kundgebung veranstaltet werden. — Herr v. Kraatz hat in einem Schreiben an den preussischen Kriegsminister seinen die Bayern verlegenden Worten eine andere Deutung gegeben. Er habe das nicht sagen wollen und nicht sagen können, was man aus seiner Rede herausgehört. Das ist ganz schön, aber den Schaden hat Herr v. Kraatz nun einmal schon angerichtet.

Die neuen Zablerninterpellationen werden im Reichstag am Freitag und Sonnabend dieser Woche beproben werden. Die fortschrittliche Volkspartei wird versuchen, den neuen Antrag auf Beschränkung der Militärverwaltung ebenfalls am Freitag auf die Tagesordnung zu setzen. Wie verlautet, sollen das Zentrum und die Nationalliberalen ein solches Vorgehen unterstützen. Gegen die Beratung des Antrags am Freitag wird auf der Rechten Widerspruch erhoben werden.

Neue Vorschriften über den Warenhandel der Beamten. Gegen den Warenhandel der Staatsbeamten hat Handelsminister Sdow folgende Verfügung erlassen: „Fortgeht wird darüber gefolgt, daß Staatsbeamte an einem heimlichen Warenhandel teilnehmen und ihre Dienstzeit und beschränkte Einrichtungen zum Zwecke eines gemeinschaftlichen Warenbezugs benutzen. Ich bestimme deshalb für die meiner Verwaltung angehörenden Beamten folgende Bestimmungen. Es ist den Beamten ebensowenig wie anderen Beamten, gemeinschaftlich Waren für ihren Bedarf einzukaufen. Der Preis, gute Ware zu billigerem Preise als im Wege der regelmäßigen Handels-

verehrs zu erhalten, wird allerdings dabei oft nicht erreicht, besonders wenn die Beileiter nicht varentändig genug sind, oder wenn unnötig große Mengen beschafft werden. Dagegen sind die Klagen des Kaufmanns über gemeinheitsliche Warenbezüge von Beamten berechtigt, wenn die Beileiter dabei zu Handelsgeheimnissen übergehen; das ist der Fall, wenn sie Einkauf und Verteilung nicht mehr unentgeltlich, sondern nach Zuführung oder in der durch die Erfahrung gerechtfertigten Erwartung eines persönlichen Vorteils belangen. Es muß von den Beamten erwartet werden, daß sie sich derartigen Geschäfte enthalten; sie würden zu ihrem Betriebe überdies der Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde bedürfen, sobald die Tätigkeit den Entgelt erkennen läßt, die Geschäfte zum Zwecke der Gewinnerzielung zu wiederholen. Die nach der Gewerlichen Gewerbeordnung erforderliche Erlaubnis zum Gewerbebetriebe darf in bezüglichen Fällen nicht erteilt werden. II. Wenn Beamte es unternehmen, gemeinsamen Waren für ihren häuslichen Bedarf zu beziehen, so dürfen sie hierzu weder Dienststunden noch Diensträume noch andere dienstliche Einrichtungen benutzen. Dies Verbot bezieht sich nicht nur auf die einseitige Lagerung und Verteilung der Waren und auf die Benutzung von Vorräten und von Altwaren, sondern es dürfen auch ohne die ausdrückliche und in jedem Einzelfall erforderliche Ermächtigung der Behörde in den Diensträumen Waren zu gemeinschaftlichen Beschaffung von Waren oder angelegt noch in Umlauf gehalten werden. Die Ermächtigung darf nur erteilt werden, wenn ein dienstliches Interesse vorliegt. Das sogenannte „Behördengeheimnis“ ist mit sich nicht zu dulden.“

Die Prinzen Leopold und Konrad von Bayern in Ostafrika. Von den beiden Prinzen Leopold und Konrad von Bayern sind Nachrichten vom 8. Dezember aus Umbala u. entworfen, wo ihnen ein feierlicher Empfang durch die Behörden bereitet wurde. Die Asakiripolizei machte einen Paradezug, und der Sultan von Umbala ging ihnen mit seinen Leuten entgegen. Prinz Leopold erlegte zwei Nashörner und zwei Elefanten, Prinz Konrad ein Nilpferd und eine Rechenhänge. Die Einschiffung zur Rückreise wird Mitte Februar erfolgen. Zur Affirmatierung ist noch ein einmonatiger Aufenthalt in Italien vorgehoben.

Ausland.

Die Deutschen in Jarez. Nach einer Mitteilung der „Tribuna“ hat der deutsche Konsul M. B. e. r in Jarez die Deutschen aufgefordert, ihre Abreise vorzubereiten.

Ruhe in Sidrasira. Sidrasira, 21. Januar. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die Lage im Eisenbahnbetrieb fast überall im Lande normal.

Victoria, 21. Januar. Durch eine Proklamation ist die unergründliche Demobilisierung einzelner Truppenteile in Victoria, Australien und Durban angeordnet worden. Gleichzeitig ist verfügt worden, daß am 23. d. M. in Natal und im Lande einzelne Truppenteile demobilisiert werden sollen.

Ein türkischer Handreich gegen Ägypten und Chios? Paris, 21. Januar. Der Konstantinopeler Korrespondent des „Zeit Pariser“ will erfahren haben, daß bei Smyrna große militärische Vorbereitungen getroffen werden, die vermuten lassen, daß die Türken an einen Handreich gegen Ägypten und Chios denke. In griechischen Kreisen sei das Gerücht verbreitet, daß die türkische Flotte sich zum Auslaufen bereit halte. In Wirklichkeit soll jedoch nur der Panzerkreuzer „Messubije“ unter Dampf liegen. Die griechischen Torpedoboote überwachen die türkischen Gewässer.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer. Halle, 21. Januar.

Probe Beschäftigung eines Arbeitswilligen. Ende August v. J. legten Arbeiter, die bei Trothaer Kanalarbeiten beschäftigt waren, wegen Lohnrückzahlung die Arbeit nieder. Die Erben der Arbeiter sollten Straffolger aus, durch die wiederholt Arbeitswillige beschäftigt worden sein sollen. Am Vormittag des 30. August begegnete ein Arbeitswilliger aus Böhlen auf dem Wege zur Arbeit vier Männern, von denen einer, der am Streik beteiligte Arbeiter Karl Petersen aus Friedrichswerder, ihm zurief: „Wo willst du hin?“ Nach der eibischen Aussage des Arbeitswilligen soll Petersen dann hinzugefügt haben: „Schämst du dich nicht, den Streikbrecher zu machen? Heute Abend kommst du nicht ganz nach Hause, dein Rad geht in Stücke!“ Diesen Wortlaut hat der Arbeitswillige kurz nach dem Vorfalle einem Polizeibeamten, der zu seiner Sicherheit einige hundert Meter hinter ihm fuhr, mitgeteilt. Petersen dagegen behauptet, er habe nichts weiter gesehen als die Frage: „Wo willst du hin?“ Darauf sei der Arbeitswillige einige Antwort weitergegangen; aus Werge darüber habe Petersen zu seinen Begleitern gesagt: „Der ist aber frech, der antwortet nicht einmal!“ Diese von Petersen gegebene Schilderung des Vorfalles wurde von seinen drei Begleitern, darunter zwei Verwandten, als richtig bestätigt, was den Vorhergehenden eibisch. Das dritte Mitglied der Gruppe ist, wie die Möglichkeit offen ließ, er könne einiges überhört haben. Der Arbeitswillige leidet an Stenopschwäche. Seinen Angaben nach hatte er schon am frühen Morgen viele Streikende auf der Trothaer Chaussee gesehen und beschließende Zurufe von ihnen gehört, so daß er sich gar nicht zur Arbeit traute, sondern wieder umkehrte und erst gegen 9 Uhr vormittags die Arbeitsstätte aufsuchte.

Das Schöffengericht hielt bei dem Widerstreit der Aussagen den Fall nicht für genügend geklärt und sprach deshalb Petersen von der Anklage der Beleidigung in Verbindung mit verurteilt Wägung frei. Gegen dieses Urteil legte der Anwalt Berufung ein. Die Strafkammer lag die Aussage des Arbeitswilligen als d u r c h a u s g o u u n d i g an, zumal da er in diesem Wortlaute unmittelbar nach dem fraglichen Vorfalle dem ihm folgenden Polizeibeamten mitgeteilt hatte. Die Begleiter Petersens könnten verdächtig überhört haben. Der Staatsanwalt beantragte 75 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf eine Woche Geldstrafe, weil Arbeitswillige eines ernstlichen gesellschaftlichen Gebotes bedürfen.

